

Erstaunlich radikale Ansätze, doch was wird realisiert?

BILDUNG IN DEN PARTEIPROGRAMMEN 2002–06

Am 22. September ist Bundestagswahl. Bildung zählt im Jahr eins nach der PISA-Studie und in den Monaten nach PISA E zu den wichtigsten Wahlkampfthemen. Der Klett ThemenDienst hat die Parteiprogramme* der fünf Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, PDS und SPD durchforstet und dabei u. a. zu Tage gefördert, dass die FDP die Kultusministerkonferenz abschaffen will und die PDS die einzige Partei ist, die sich mit ihrem Programm für die Anschaffung neuer Schulbücher einsetzt.

Föderales System

Bündnis 90/Die Grünen: Unter Berücksichtigung der föderalen Zuständigkeiten und der unterschiedlich ausgestalteten Schulsysteme in den einzelnen Bundesländern müssen in den jeweiligen Ländern unterschiedliche Wege beschritten werden.

CDU: Wir achten die Kulturhoheit der Länder und wollen die Chancen des Föderalismus nutzen, um im Wettbewerb die Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen zu fördern.

FDP: Die FDP wird dafür eintreten, dass die Kultusministerkonferenz abgeschafft wird. Die KMK zerredet notwendige Reformen. Die FDP fordert unabhängige Qualitätssicherungsagenturen, die als Stiftung oder GmbH geführt werden.

PDS und SPD: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06



Maria Ebert

Sprengstoff für Debatten unter der Kuppel des Berliner Reichstags: Das Thema Bildung

Bildungsausgaben

Bündnis 90/Die Grünen: Das gegenwärtige System der Bildungsfinanzierung ist ungerecht, ineffektiv und weit entfernt davon, Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit zu verwirklichen ... Der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Haushalten soll schrittweise erhöht werden ... Neue Modelle gemischter Finanzierung aus staatlichen Leistungen sowie Eigenleistungen sind zu entwickeln.

CDU: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

FDP: Die FDP wird den Anteil der Bildungsausgaben erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang in den öffentlichen Haushalten.

* Textbasis sind die im Internet veröffentlichten Parteiprogramme, aus denen hier zitiert wird

PDS: ■ Die PDS will die Finanzierung der Zukunftsaufgabe Bildung sichern. Wir wollen durch eine neue Prioritätensetzung ... erreichen, dass Deutschland bei den Bildungsausgaben in vier Jahren das OECD-Durchschnittsniveau erreicht hat.

■ Die PDS tritt für ein gemeinsames Bund – Länder – Sonder-Programm „Schuloffensive 2003–2006“ ein. Hierzu gehört die Erneuerung der Lehr- und Lernmittel außerhalb der üblichen Anschaffungsregeln, denn davon gehen zusätzliche beschäftigungspolitische Impulse aus. Es darf nicht sein, dass unsere Kinder mit veralteten Schulbüchern und in vorsintflutlichen Klassen- und Fachräumen arbeiten.

SPD: Die Bundesregierung hat seit 1998 kontinuierlich die Investitionen in Bildung erhöht. Diese Priorität bleibt. Notwendig sind in Zukunft aber auch privates Kapital und gemeinsame öffentlich-private Initiativen.

Autonomie von Schulen

Bündnis 90/Die Grünen: ■ Wir wollen mehr Autonomie von Schulen.

■ Nur eine Schule mit großer Selbstständigkeit, getragen von Lehrern, Schülern und Eltern, kann auf Dauer eine gute Schule sein. Dazu gehört auch das Recht der Schulen, das Lehrpersonal selbst einzustellen und über ihr eigenes Budget zu verfügen.

CDU: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

FDP: ■ Die FDP fordert eine größere pädagogische und finanzielle Verantwortung der einzelnen Bildungseinrichtungen, damit sich der Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen verstärkt und das bessere Konzept sich durchsetzen kann.

■ Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erweitern und bereichern das staatliche Bildungsangebot. Sie zeigen schon heute, dass pädagogische Vielfalt im Wettbewerb zu guten Ergebnissen führt. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft, die staatlich anerkannte Abschlüsse anbieten, müssen dieselbe Förderung erhalten wie die entsprechenden staatlichen Einrichtungen.

PDS: Die PDS fordert die inhaltliche Autonomie der einzelnen Schulen gegenüber den Aufsichtsbehörden. Eine Privatisierung staatlicher Schulen oder die unter dem Stichwort „Autonomie“ einhergehende Verantwortungsverlagerung für das Einsammeln von Sponsorengeldern zur Finanzierung der Schulen lehnen wir ab.

SPD: Schulen brauchen eine größere Autonomie, auch in der Personalrekrutierung. Sie sollen mehr Eigenverantwortung übernehmen in der Gestaltung ihres spezifischen Profils.

Analyse und Qualitätssicherung des Bildungssystems

Bündnis 90/Die Grünen: Die Evaluierung von öffentlich geförderten Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sollte zur Selbstverständlichkeit werden.

CDU: Wir werden für Qualitätskontrolle und einen fairen Wettbewerb unter den Weiterbildungsangeboten sorgen. Wesentliches Instrument wird die „Stiftung Bildungstest“ sein, die wir vorgeschlagen haben.

FDP: Die FDP fordert die Erstellung eines nationalen Bildungsberichts. In diesem Bericht sind einmal pro Legislaturperiode die Daten zum gesamten Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Weiterbildung von Bund und Ländern zu erheben und dem Bundestag vorzulegen.

PDS: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

SPD: ■ Eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung unter Beteiligung der Länder wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Qualität in der Bildung.

■ Zur Sicherung der Qualität von Weiterbildungsangeboten wird eine Stiftung Bildungstest auf Bundesebene aufgebaut, die die Weiterbildungsangebote prüft.

Frühförderung

Bündnis 90/Die Grünen: Wir betonen den Bildungsauftrag des Kindergartens und wollen ihn stärken. Vorschulische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen Chancenausgleich.

CDU: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

FDP: ■ Die Bildung unserer Kinder muss so früh wie möglich anfangen, denn Bildungsdefizite in den ersten fünf Jahren können von der Schule nicht mehr aufgeholt werden. Deshalb muss ein bildungspolitischer Schwerpunkt auf Kindertagesstätten und Kindergärten gelegt werden.

■ Die FDP will, dass unsere Kinder schon mit fünf Jahren eingeschult werden können.

PDS: Nicht erst die Schule, schon Krippen und Kindergärten erfüllen einen Bildungsauftrag. Bildung und Wissen dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

SPD: Frühe Bildungsschritte setzen den Grundstein für die weiteren Bildungswege.

Ganztagschulen

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen in allen Schularten.

CDU: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

FDP: Eine größere Chancengerechtigkeit für die Schüler durch Vertiefung der Grundkenntnisse und -fertigkeiten erfordert eine deutliche Ausweitung der Ganztagsangebote in allen Schulformen.

PDS: Wir wollen die Voraussetzungen für mehr Ganztagschulen mit Betreuungseinrichtungen schaffen.

SPD: Wir werden ein bundesweites Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ mit einem Finanzvolumen von 4 Mrd. Euro auflegen, 1 Mrd. Euro pro Jahr. Damit unterstützen wir die Anstrengungen der Länder und Kommunen, um die Betreuungs- und Bildungsangebote

Info-Tipp

Bildungsverlage äußern sich zu PISA-Studien

(me). Der VdS Bildungsmedien e. V. hat im Juli eine umfangreiche Stellungnahme zu den Ergebnissen der PISA-Studien abgegeben. Eine der zentralen Forderungen ist, dass die Diskussion um die Schulformen „ganz schnell beendet“ werden solle, „denn PISA beweist nicht Vorzüge von Schulformen oder Nachteile von Schulsystemen“. Ferner stellen die Bildungsverlage in Aussicht, die Preise von Schulbüchern zu reduzieren, wenn die „pädagogische Kleinstaaterei“ nennenswert eingedämmt werden könne. Voraussetzung dafür wäre, dass die Länder „ihre Lehrpläne und Rahmenrichtlinien stärker harmonisieren“.

Des Weiteren moniert der VdS in seinem Papier, dass „die Bildungsetats insgesamt zu niedrig“ seien: Die Schulbuchetats wurden in den letzten zehn Jahren um über 30% gekürzt, so dass deutsche Schüler mit über zehn Jahre alten Schulbüchern arbeiten müssten. Zudem protestiert der VdS „gegen die fortschreitende Zweckentfremdung der Buchetats“, beispielsweise in Stuttgart für die Finanzierung von Ganztagschulen.

Die komplette Stellungnahme des VdS ist im Internet unter www.vds-bildungsmedien.de abrufbar.

auszubauen und zu verbessern. Durch das Programm kann es bis zum Jahr 2007 in Deutschland 10 000 zusätzliche Ganztagschulen geben.

Schulabschluss

Bündnis 90/Die Grünen: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

CDU: Die in der Erstausbildung erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten reichen schon heute nicht mehr für ein ganzes Berufsleben aus. Deshalb müssen wir auf kürzere Erstausbildungszeiten in Schule, Berufsausbildung und Studium hinwirken und die Weiterbildung fördern.

FDP: Die FDP setzt sich für eine generelle Abschlussprüfung nach der 9. bzw. 10. Klasse ein und fordert das Abitur bundesweit nach 12 Jahren.

PDS: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

SPD: Dass viele Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben, können wir nicht länger hinnehmen. Wir werden auch darauf hinwirken, dass sich die Zahl der mittleren und höheren Schulabschlüsse erhöht.

Integration von ausländischen Kindern

B 90/Die Grünen: Bildungseinrichtungen müssen auf interkulturelles Lernen umgestellt werden. Insbesondere in den frühen Stufen ist die Förderung der deutschen Sprache elementar für den späteren Schulerfolg.

CDU: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06

FDP: Bereits in den Tageseinrichtungen für Kinder sind Sprachförderangebote einzurichten. Gerade im Vorschulbereich können Weichenstellungen getroffen werden, die eine unverzichtbare Grundlage für eine erfolgreiche Integration bilden.

PDS: Wir wollen in den Schulen die interkulturelle Bildung fächerübergreifend stärken und Mehrsprachigkeit fördern.

SPD: Benachteiligte Kinder, die oftmals aus Migrantenfamilien stammen, brauchen gezielte Hilfen insbesondere beim Erlernen der deutschen Sprache. Deutsch muss als Arbeitssprache im ersten Schuljahr für alle Migrantenkinder möglich sein.

Hochbegabte

Bündnis 90/Die Grünen: Begabtenförderung und Förderung von Benachteiligten schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Wer Spitzenleistung will, muss alle SchülerInnen fördern.

CDU: Wir treten für die Förderung von Hochbegabten ein, gleich aus welchen Schichten sie kommen. Unser Land braucht sie in allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeiten – den Forscher ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. Öffentliche Mittel sind bevorzugt dort einzusetzen, wo die Empfänger nach Leistungsfähigkeit und Leistungswillen einen solchen Einsatz gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine so verstandene Heranbildung von Eliten muss als eine Aufgabe des gesamten Bildungswesens verstanden werden.

FDP: Ebenso wie Lernschwache und Lernbehinderte haben auch Hochbegabte ein Recht auf besondere schulische Förderung. Die FDP will die durchgehende Förderung Hochbegabter – vom Kindergarten über die Grundschule und weiterführende Schule bis zum Studium und zur Berufsbildung.

PDS: Begabungen und Begabte sollen besser unterstützt werden.

SPD: Kein Stichwort im Parteiprogramm 2002–06